

Neue Paderer Zeitung

Die älteste, größte und verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Redaktion und Geschäftsstelle

Petriauer-Strasse Nr. 15.

Telephon Nr. 283.

Inserate kosten: 8 Spalten Sonntagshefte oder deren Raum 40 Wark. Stellungshefte 30 Wark. Ausland 6 Wark. deutsche Bänder. Ausland. u. Inserate im Text ab. auf der 1. Seite (Sonntagshefte 180 Wark. Ausland 16 Wark. (deutsche) Raum der Sonntagshefte. Einzel. 200 Wark. u. Sonntagshefte. Bei Ankündigung u. dergl. 50 Prozent Aufschlag. Inserate werden nach Maßgabe der Platzierung. Es können aber besondere Abmachungen nicht berücksichtigt werden, daher auch keine dahingehenden Bedingungen. — Inseratannahme durch alle Annoncen-Verkaufsstellen.

Nr. 282.

Donnerstag, den 13. Oktober 1921.

20. Jahrgang.

Zahnarzt

E. FUCHS

Zurückgekehrt.

Nawrot 4.

Die Armut der Welt.

Nach der großen Rede des englischen Ministers Churchill in Dundee, die das Aufsehen der gesamten Presse erregt hat, folgt nun wieder eine sehr zu beachtende Rede Lloyd Georges in Liverpool. Wir möchten diese Rede unseren Lesern nicht vorenthalten und geben sie nachstehend im Auszug wieder.

Nachdem Lloyd George von der Washingtoner Konferenz und der Verhandlungskonferenz mit Island gesprochen hat, berührt er die Frage des Arbeitslosenproblems in der Welt. Er sagte: Ebenso wie jedes andere große Reich in Europa habe auch England im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit Nerven ausgetrieben. Diese Reiche hätten ihre Einkünfte verpfändet und ihre Zukunft im Pfand geben müssen, indem sie ihre Industrien hypothekarierten, um die in diesem Kampfe eingegangenen Schulden zu bezahlen. Der Erfolg sei, daß sie alle verarmten. Alle, die von ihnen abhängen, die Kaufleute, Unternehmer und Arbeiter, seien natürlich für Jahre hinaus verarmt. Die Arbeitslosigkeit, unter der man augenblicklich leide, sei daher nicht auf die gefährlichen Schwankungen im Handel zurückzuführen, sondern auf jene sehr anomalen Verhältnisse. Das sei nach den großen napoleonischen Kriegen vorgekommen. Die damalige Zeit sei schlimmer gewesen, als die Zeiten, unter denen man augenblicklich leide. Lloyd George fuhr fort, die Arbeitslosigkeit sei die gleiche in der ganzen Welt. Er verwies auf das Memorandum „eines der glänzendsten Wirtschaftsfachverständigen der Welt“, des schwedischen Professors Cassel, zu dessen Beginn es heißt, daß die Arbeit der Welt zum Stehen gekommen sei in einem Maße, das bisher nicht erlebt worden sei. Die Arbeitslosigkeit habe einen beunruhigenden Anfang angenommen, die ganze Welt leide darunter und es sei bemerkenswert, daß die Länder, deren Kredit am höchsten stehe, nicht davon ausgenommen seien. Die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten betrage etwa sechs Millionen.

Lloyd George sagte weiter: Die Verhältnisse hätten den Handel gelähmt, und sie spiegeln sich in den Wertschwankungen der verschiedenen Länder wider. Es lohne sich, die Wertschwankungen Europas Tag für Tag zu betrachten, dann würde man umsehen, wie schwach es sei, Geschäfte zu treiben. In Paris, wo das Pfund Sterling vor dem Kriege 25 Franc wert gewesen sei, stehe es heute auf 52 Franc, in Rom am 28. September auf 90 und am 30. September auf 94. In einer einzigen Woche also ein Unterschied von 4 Punkten. Man nehme Berlin. Vor dem Kriege war das Pfund Sterling 20 Mark wert, vor einem Jahre konnte man für das Pfund Sterling 212 Reichsmark und vor einer Woche 437 Mark kaufen. Man nehme Polen. Vor einem Jahre stand das Pfund auf 900 polnische Mark, vorigen Sonnabend auf 22000, gestern auf 20—21000. Die Wertschwankung danach zwischen 22— und 20000 Mark im Verlauf einer einzigen Woche und schwankte an einem Tage um tausend Mark. Man nehme Wien, wo man früher 24 Kronen für das Pfund Sterling erhielt. Vor einem Jahre stand das Pfund auf 820, vor einer Woche zwischen 6100 und 6500, d. h. ein Unterschied von 400 Kronen an einem einzigen Tage. Lloyd George erklärte, man könne keine Geschäfte treiben, so lange solche Zustände herrschen. Wenn das Pfund auf 20000 oder auf 5000 oder auf 90 bleiben würde, dann könnte man Geschäfte treiben. Wenn man in jenen Ländern laufe und verkaufe, dann müßte man Kontrakte abschließen für Wochen, Monate und manchmal Jahre. Wie könne man da die Preise berechnen, sei es als Käufer oder als Verkäufer, wenn die Schwankungen innerhalb eines einzigen Tages so riesenhaft seien? Es sei genau so, als wenn man bei bewegter See auf einem Ozeandampfer Billard spielen wollte. Man wisse nicht, wohin die Billardkugel treffe, man wisse nicht einmal, ob die Kugel sich überhaupt vom Tische heben werde, was am wahrscheinlichsten sei. Was England betreffe, dieses Paradies des Marxismus, so werde das russische Papiergeld auf keiner irdischen Waise notiert. Personen, die sagten, man müsse nur jedem Mann sein Eigentum nehmen und es zum Eigentum aller Personen erklären, könnten in dem Stand des Papiergeldes in Rußland keinen Trost finden. Tatsächlich könne man mit einem einzigen englischen Pfund ungeheure Mengen von Rubeln kaufen und die schädelige Straße von Moskau nach Gorki zu durchqueren. Lloyd George erklärte am Schluß seiner Rede, diese Schwierigkeiten (infolge der Schwankungen der Wechselkurse) seien anomale und äußerst schwer zu behandeln. Leider sei dies auf Rußland zurückzuführen, über die England nur eine teilweise Kontrolle habe. Die Regierung könne ihre eigenen Finanzen kontrollieren, und würde sie das nicht tun, dann habe die Nation das Recht, zu

diesem Zwecke eine andere Regierung an ihre Stelle zu setzen. Das gleiche gelte für die auswärtige Politik. Die englische Regierung könne jedoch nicht die auswärtige Politik anderer Nationen kontrollieren, und die Währungsverhältnisse hingen von der Finanzpolitik und der auswärtigen Politik aller Nationen der Welt ab und nicht allein von einer Nation. Er sei zuversichtlich, daß die Lage sich bessere, die Verhältnisse würden aber erst stabilisiert werden, wenn die Nationen in Eintracht zusammenwirkten mit ihren Nachbarationen, was die einzige wirklich feste Grundlage für ihre nationale Wohlfahrt bilde. Die Nationen begannen dies zu erkennen. Die Aufwieger unter den Nationen fanden nicht mehr in dem gleichen Maße Gehör wie vor einem Jahre, und die Tatsache, daß ihre Schreie gellender würden, sei nur ein Zeichen dafür, daß sie selbst nicht mehr so an ihren Ruf glaubten. Die Verhältnisse würden sich auch bessern, wenn die Nationen einsehen, daß sie durch fortwährende Papiergeldausgabe ihren Nationalreichtum nicht vermehren. Lloyd George

erklärte, die einzige wahre Bedingung für Stetigkeit im Handel sei die Stabilisierung der Währungen. Eine Stabilisierung könne jedoch nicht eintreten, bevor sowohl die auswärtige Politik, als auch die Finanzpolitik stabilisiert wäre. Die Lage, die gebessert werden müsse, sei anormal und rechtfertige daher anormale Maßnahmen. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erklärte Lloyd George, die Vorschläge würden dem gesamten Kabinett in London unterbreitet und die Pläne sodann dem Unterhause vorgelegt werden. Es müsse für ein dauerndes Heilmittel der anormalen und ungesunden Verhältnisse im Handel und in der Industrie gefordert werden. Das unmittelbare Problem sei, vorläufig dafür zu sorgen, daß der Not entgegengetreten werde, bis die Welt wieder zu normalen Verhältnissen zurückgekehrt sei. Zum Schluß seiner Rede sprach Lloyd George für eine erhöhte Produktion, für strengste Sparsamkeit und für ein Zusammenarbeiten aller Klassen im Staate.

und zwar, um der internationalen Kommission in Opatow genügend Zeit zu lassen, entsprechende Anordnungen zu treffen.

Bern, 12. Oktober. (Pat.) „Matin“ meldet, daß die Kommandanten der alliierten Truppen in Oberschlesien Befehl erhalten haben, sich von Mittwochs an in Bereitschaft zu halten. Vom Tage der Entscheidung in der obereschlesischen Frage an soll über das Territorium Oberschlesiens der Belagerungszustand verhängt werden.

London, 12. Oktober. (Pat.) Der deutsche Völkshofler hat heute Lord Curzon einen Besuch ab, dadurch in London die gleichen Schritte in der obereschlesischen Frage unternehmend, die Mayer in Paris getan hatte. Curzon empfing den Völkshofler kühl und antwortete, die englische Regierung werde sich der Entscheidung des Völkshoflers fügen, womit sie sich von vornherein einverstanden erklärt hätte.

Berlin, 12. Oktober. (Pat.) Laut Meldungen der „Post. Ztg.“ wurde in der gestrigen Nachmittags Sitzung des Kabinetts der Antrag über den sofortigen Austritt des Kabinetts mit der Begründung erwogen, daß Programm und Politik des Kabinetts nicht durchzuführen ließe, wenn Oberschlesien Deutschland verloren ginge. Das Blatt meldet ferner, daß für den Fall eines Verbleibens Oberschlesiens bei Deutschland, das Kabinett mit aller Kraft nach einer Erfüllung der Verpflichtungen streben würde. Diesen Standpunkt der deutschen Regierung soll der deutsche Völkshofler in London bekanntgeben.

Berlin, 12. Oktober. (Pat.) Das Reichskabinett trat heute zu einer Sitzung zusammen. Die Beratungen dauerten bis 6 Uhr abends. Beratungsgegenstand war die obereschlesische Frage.

Die Stellungnahme Deutschlands.

Paris, 12. Oktober. (Pat.) Havas. Die Deutschen bemühen sich weiterhin mit allen Mitteln die Völkshofler zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Die französische Presse bringt im Zusammenhang mit dieser deutschen Propaganda die Nachricht, daß der deutsche Völkshofler in London Statmer von seiner Regierung beauftragt wurde, der englischen Regierung, amlich zu erklären, daß im Falle einer für Deutschland ungünstigen Lösung der obereschlesischen Frage kein Vertrag oder Abkommen, das Deutschland mit den verbündeten Mächten seit der Revolutionzeit abgeschlossen hat, durchgeführt werden wird. Außerdem werden in Deutschland Gerüchte von der eventuellen Ungültigkeitserklärung des Wiesbadener Abkommens verbreitet.

Der deutsche Völkshofler bei Lloyd George.

Berlin, 12. Oktober. (Pat.) Der deutsche Völkshofler Statmer wird heute Lloyd George einen Besuch abstatten, wobei die obereschlesische Frage besprochen wird.

Erst am Dienstag.

Paris, 12. Oktober. (Pat.) In offiziellen Quellen verlautet, daß der Beschluß des Völkshofrates in der obereschlesischen Frage erst am Dienstag bekannt gegeben wird.

Auf praktische Dimensionen...

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Berlin, 8. Oktober. Ob das Abkommen, das nach vierundzwanzig Jahren etwa 2½ Milliarden Goldmark an Mehrleistungen auferlegt, praktisch durchführbar sein wird, hängt selbstverständlich von der Gestaltung der deutschen Wirtschaft, diese aber wiederum von dem Verhalten unserer Gläubiger ab. Jedenfalls steht eines fest: Wenn das Abkommen mit Frankreich infolge unserer Wertschwankung nicht einfließen dürfte, weil es aus Verzögerungen und die Notwendigkeit des Erwerbs ausländischer Devisen gegen Papiermark erpariert, so zwingt es uns doch auf der anderen Seite, Leistungen zu finanzieren, die noch über dieses Ultimatum hinausgehen. Die Zahlungen, die in diesem Fall an die inländischen Sachlieferanten zu erfolgen haben, werden aber, sobald man erkennt, daß die Steuerhaupte überdehrt ist, wieder auf dem üblichen Wege über die Banknotenpresse erfolgen müssen, und so wird, was der Wertschwankung auf der einen Seite gegeben wird, ihr auf der anderen Seite genommen.

Hieraus erhellt, daß eine Stützungsaktion zugunsten unserer Währung unumgänglich und dringlich ist, wenn die Mark nicht dem Geschick der besterreichlichen Krone oder gar dem noch schicksalhaften Wertschwankungen anheimfallen soll. Jenem Ziel aufzuringeln zu wünschen, dienen die Verhandlungen mit der Industrie, der Landwirtschaft und der Bankwelt über die Gewährung eines umfassenden Deviseenkredits an das Reich. Vorbedingung hierfür ist freilich die Kreditbereitschaft des Auslandes, und in der Tat sind ja auch seitens ausländischer Finanzgruppen, vor allem aus den Vereinigten Staaten, diebezügliche Angebote erfolgt. Selbstverständlich nicht aus Wohlwollen für uns, sondern in der Erkenntnis, daß die Festigung, die Hebung der deutschen Wertschwankung heute nicht mehr aus

Oberschlesien vor der Entscheidung.

Genf, 12. Oktober. (Pat.) Vom Spezialkorrespondenten der Pat. Ich erfahre aus glaubwürdiger Quelle, daß der Bericht des Völkshofrates für den Obersten Rat fast vollständig beendet ist. Die letzten Einzelheiten werden noch heute hinzugefügt, worauf abends oder morgen früh das Dokument dem Obersten Rat zugesandt wird. Im Gespräch mit mir erklärte der Vertreter Brasiliens, daß die Mitglieder der Liga darauf rechnen, Genf morgen abend verlassen zu können. Ich erfahre ferner, daß der Völkshofrat seinen Beschluß in der obereschlesischen Frage in Genf nicht bekanntgeben wird. Der Rat ist der Ansicht, daß sein beratender Charakter in dieser Frage ihn nicht ermächtigt, den Beschluß bekannt zu machen, dies wird dem Obersten Rat überlassen. Aus diesem Grunde bewahrt der Rat weiterhin ein tiefes Schweigen, so daß zur öffentlichen Kenntnis nur wenig glaubwürdige Nachrichten gelangen.

Ich habe jedoch wichtige Gründe zu der Annahme, daß die von mir gesammelten Informationen, die ich nachstehend bekannt gebe, den Tatsachen entsprechen. Laut diesen Nachrichten unterscheidet sich die Grenzlinie, die vom Völkshofrat endgültig angenommen wurde, von allen früher projektieren Grenzlinien. Diese Linie teilt den Industriebezirk in der Weise, daß beide Länder nach Möglichkeit die gleiche Stimmzahl erhalten sollen, die sie beim Plebiszit erlangt haben, ferner soll annähernd die Gleichheit zwischen der Zahl der nationalen Minderheiten, die sich auf polnische und deutsche Seite befinden, erhalten bleiben.

Die Teilung des Industriebezirks wird in der Weise durchgeführt, daß Gleiwitz, Babrze (Hindenburg), sowie die Stadt Beuthen bei Deutschland verbleiben. Die Bezirke: Königsbrunn, Kattowitz, sowie der südliche Teil des Bezirkes Beuthen soll an Polen angegliedert werden. Ferner werden Polen die Kreise Rybnik, Pleß sowie Myslowitz zuerkannt. Im Norden wird Tarnowitz sowie ein Teil des Kreises Lublitz gleichfalls an Polen kommen. Ich erfahre, daß im Kreise Beuthen die Grenze unweit der Stadt laufen wird.

Was die provisorische wirtschaftliche Verfassung betrifft, so erfahre ich, daß der Völkshofrat den Gedanken der Einsetzung einer großen internationalen Kommission fallen ließ, er einigte sich jedoch auf die Bildung einer gemischten Kommission, bestehend aus den Vertretern der interessierten Parteien, sowie aus einem neutralen Vertreter, der vom Rat ernannt wird. Es scheint jedoch, daß die Dauerzeit des oben erwähnten Kommissionen endgültig noch nicht festgestellt wurde. Beiden Parteien wird eher das Recht zustehen, in dieser Angelegenheit zu entscheiden und auf Grund eines gemeinsamen Abkommens die Dauerzeit dieser Kommission zu kürzen oder zu verlängern. Zu den Aufgaben dieser Kommission wird gehören: die Regelung der Verkehrs-, Territorial-, Flug-, Verpflegungs-Angelegenheiten usw., sowie die Ordnung der technischen und wirtschaftlichen Fragen. Was die Ratifikation betrifft, die dem Obersten Rat von der Völkshofliga vorgeschlagen wurde, erfahre ich, daß aller Wahrscheinlichkeit nach der Oberste Rat zu diesem Zwecke nicht zusammentreten, sondern die Völkshofler-Konferenz oder den Vorsitzenden des Obersten Rats Briand ermächtigen wird, in seinem Namen zu handeln. Es scheint, daß die zweite Handlungsweise gewählt wird und daß Briand von England, Italien und Japan ermächtigt wird, den

Beschluß in der obereschlesischen Frage im Namen des Obersten Rates bekannt zu geben. Wahrscheinlich wird die Entscheidung in Sachen Oberschlesiens zusammen mit der Bestätigung des Obersten Rates noch im Laufe dieser Woche in Paris als endgültiger Beschluß bekannt gegeben.

Genf, 12. Oktober. (Pat.) Die Schweiz. Tel. Ag. meldet: Der Völkshofrat befaßt sich heute mit der obereschlesischen Frage. Ein offizieller Bericht wurde nicht veröffentlicht, trotzdem ist es der Schweizer Agentur möglich zu berichten, daß die endgültige Entscheidung tatsächlich eine Teilung des Industriebezirks bedeute. Die endgültige Lösung sei eine Kombination der sogenannten ersten Sforzalinie mit der zweiten Sforzalinie.

Gleiwitz, Hindenburg (Babrze) und ein Teil des Kreises Beuthen mit der Stadt Beuthen würden Deutschland zufallen, Polen würde dagegen Königsbrunn und Kattowitz mit den Hauptstädten erhalten, ferner den Bezirk Beuthen ohne die Stadt Beuthen, die Bezirke Pleß und Rybnik, im Norden dagegen einen Teil der Bezirke Tarnowitz und Lublitz.

Genf, 12. Oktober. (Pat.) Spezial-Korr. Der Vertreter Brasiliens im Völkshofrat und Mitglied der Völkshofkommission Da Cunha erklärte in einer Unterredung mit Korrespondenten: Wir sind fest überzeugt, die obereschlesische Frage in erschöpfender Weise geprüft und die beste Lösung dieser Frage vorgeschlagen zu haben. Keine Regierung, keine Persönlichkeit hatte Einfluß auf unsere Arbeit. Wir kamen nicht mit beteiligten Personen in Verbindung, mit Ausnahme des Stützpersonals und der allseitig mit dem Gegenstand vertrauten Sachverständigen. Wir haben uns mit rücksichtsloser Unabhängigkeit ausgesprochen, bemerkt Da Cunha zum Schluß.

Berlin, 12. Oktober. (Pat.) Die den deutschen Völkshoflern in London und Paris auf ihre letzte Demarche in der obereschlesischen Frage erteilten Antworten waren gleichlautend. Sowohl Lord Curzon als auch Briand erklärten übereinstimmend, noch keine offizielle Mitteilung über die Beschlässe des Völkshofrates erhalten zu haben, daß jedoch die Entscheidung maßgebend sein werde sowie, daß keine Möglichkeit einer Revision der Entscheidung des Völkshofrates existiere.

Genf, 12. Oktober. (Pat.) Vom Spezial-Korr. Der Völkshofrat hielt heute früh eine Sitzung ab. In dem Rat nahestehenden Kreisen herrscht die Überzeugung, daß dieses die letzte Sitzung in der obereschlesischen Frage war. Es könnte eventuell nachmittags eine Sitzung stattfinden.

Paris, 12. Oktober. (Pat.) Die Völkshoflerkonferenz beschloß sich in ihrer letzten Sitzung mit Anordnungen betreffend der Sicherheit in Oberschlesien. Es sollen militärische Maßnahmen für die Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen werden.

Paris, 12. Oktober. (Pat.) Heute früh statete der deutsche Völkshofler in Paris, Mayer, Briand einen Besuch ab, um, wie es scheint, einen letzten Versuch zu machen, eine für Deutschland günstige Entscheidung in der obereschlesischen Frage zu erwirken. Der deutsche Völkshofler stellte die ungünstigen Folgen dar, die für Deutschland im Falle der beschlossenen Entscheidung der obereschlesischen Frage entstehen könnten und erklärte, daß sie wahrscheinlich den Sturz des Kabinetts Briand zur Folge haben werden. Dieser Versuch, im letzten Augenblick in Paris und London einen Druck auszuüben, scheint zu einem vollen Mißerfolg verurteilt zu sein, da die Verbündeten beschloßen haben, die Lösung der obereschlesischen Frage zu akzeptieren, die der Völkshofrat empfohlen wird. Die Entscheidung des Völkshofrates wird morgen erwartet, den Verhandlungen von Polen und Deutschland wird sie jedoch erst Anfang nächster Woche mitgeteilt werden,

nicht weniger als ein Weltproblem darstellt. Erst nach Churchill erst umlangt klargestellt, daß die Antitrust-Gesetze angeht, die der deutschen Währungsentscheidung keinen genügenden Schutz gegen die dadurch bedingte Preisunterbieten und Warenüberflutung geben; während der Marktschwund gleichzeitig langsam aber sicher alle Reparationsmöglichkeiten sabotiert, da die in Währungsabgrenzung des Reparationsaufwands auf diese Weise immer in riesenhafte Dimensionen wachsen.

Man müßte, so hat Churchill in seiner deutschen Rede als Lösung ausgedrückt, „unsere finanziellen Verpflichtungen auf praktische Dimensionen herabsetzen“. Der britische Staatsmann meint, damit sowohl die Schulden der Alliierten an die Union, wie die Deutschlands an die Alliierten, und um diese Herabsetzung werden die Gläubigerstaaten in der Tat nicht herumkommen, da die Schuldnerstaaten die Mittel eben nicht aus der vierten Dimension schöpfen können. Bis vor kurzem haben nun die Vereinigten Staaten die von englischer und französischer Seite angeführten Argumente auf Streichung der Schuldverpflichtungen, die für England und Frankreich allein 7 Milliarden Dollars, für Europa insgesamt ungefähr 9 Milliarden betragen, umzuwerfen abgelehnt. Man hielt den Engländern und Franzosen besonders entgegen, daß sie ja gewaltige Summen für Flüchtigkeitskriege übrig hätten. Dilemma: Entweder suchte man in den Vereinigten Staaten durch die Zustimmung Washingtoner Abrüstungskonferenz zu begünstigen, anscheinend nicht ganz ohne Erfolg, wenn auch die Ursachen der Zustimmung in der Union mehr auf wirtschaftlichem Gebiet liegen. Eine gewisse Zustimmung ist jedenfalls festzustellen. Man hat eben in der Union begriffen, daß die Finanzhilfe für Deutschland eine sehr gute Anlage zu werden verspricht, da man auf diese Weise nicht nur den Dollarüberschuß unterbringen, sondern auch die Rohstoffe, Baumwolle etc. los werden könnte, an denen die Union jetzt erstickt.

Wenn der Vizepräsident Norris erklärt hat, die Union könne leichter ihre Schulden streichen als zu sehen, wie Europa dem Bankrott entgegengeht oder unter Augenhandeln ruiniert wird, so ist freilich auf solche radikale Maßnahmen schwerlich zu rechnen. Aber der Schatzsekretär Mellon hat bereits mitgeteilt, daß er Vollmachten habe, die Schuldzahlungen in Schuldverschreibungen und Papiergeld statt in Dollar zu lassen, und Präsident Harding hat sich für eine Erleichterung der Zahlungsbedingungen ausgesprochen. Wie berichtet wird, schweben in der Tat derzeitige Verhandlungen zwischen Washington, London und Paris, bei denen man wohllicherweise zu einem freistehenden und zinsfreien Zahlungsaufschub gelangen dürfte. Wäre das der Fall, so wären England und Frankreich ihrerseits in der Lage, auch auf eine Erleichterung unserer Zahlungsbedingungen einzugehen. Das aber muß erstrebt und erreicht werden, da die Durchführung der Reparationszahlungen im vollen Umfange neben dem Wiederbeleben des Abkommens in absehbarer Zeit zum Scheitern unserer Währungs- und damit zu unserer Zahlungsunfähigkeit führen müßte. Je früher man in den alliierten Ländern von dieser Erkenntnis kommt, desto größer wäre die Aussicht, die Weltwirtschaftskatastrophe zu vermeiden, welche die unvermeidliche Folge des Zusammenbruchs der deutschen Währung sein müßte.

Der erste Totengräber Europas

Die Pariser „Canterne“ veröffentlicht einen Briefwechsel zwischen dem bekannten Politiker Renaud und dem früheren Präsidenten Poincaré über die Frage der Kriegsschuld. Renaud wirft Poincaré klipp und klar vor, daß er die treibende Kraft zum Krieg gewesen sei, daß er alles getan habe, um den Weltkrieg in Europa zu entfesseln, und daß er die Hauptschuld am Ausbruch des Krieges zu tragen habe.

In einem Artikel der „Canterne“ kommt Renaud auf Grund altermännlicher Bestellungen zu dem Ergebnis, daß Poincaré Russland erklärt habe, daß Frankreich unbedingt in den Krieg eintreten werde, ohne daß er sich vorher der Unterstützung Englands versichert hätte. Es habe den Anschein, als ob Poincaré angeblich gewesen wäre, den Krieg unter allen Umständen zum Ausbruch bringen zu lassen. Renaud nennt Poincaré den „ersten Totengräber Europas“.

Wiederholt wird auf diese Auseinandersetzung, daß Renaud der radikalsten Partei angehört und stets eine scharfe antisozialistische Haltung eingenommen hat.

Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 15. Oktober (Pat.) Für den 19. u. 20. Okt. ist eine Sitzung des Verwaltungsrates der internationalen Arbeitskonferenz einberufen worden. Sie wird eine Woche dauern, worauf am 25. u. 26. Okt. die 3. Session der internationalen Arbeitskonferenz unter Teilnahme der Mitglieder des Völkerbundes sowie Deutschlands beginnen wird. Die Verhandlung wird 6-8 Wochen dauern. Der Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsbüros zählt 24 Mitglieder. Der Rat, zu dessen Bestande zurzeit die Vertreter der Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Belgien und der Schweiz zählen, die in gewerblicher Hinsicht eine hervorragende Bedeutung haben, werden sich mit mehreren Fragen beschäftigen müssen, die augenblicklich in der Schwebe sind. So sind z. B. Indien und Japan mit Reklamationen über die Art der in Washington angewandten Wahlen hervorgetreten. Eine andere Streitfrage dagegen der alle amerikanischen Staaten der lateinischen Rassen sowie Spanien, Kanada, Südafrika, Indien, Persien, Siam und Japan angeht, klagen darüber, daß die nicht-europäischen Staaten vom Verwaltungsrat nicht in genügender Weise berücksichtigt wurden. Es ist voranzutragen, daß obige Fragen in der nächsten

Abonnement-Einladung

Infolge Erhöhung der Löhne, des enorm gestiegenen Preises für Papier, Farbe und vieler zum Zeitungsbetriebe erforderlichen Materialien sehen wir uns veranlaßt, auch den bisherigen Bezugspreis der „Neuen Lodzer Zeitung“ zu erhöhen und zwar wird vom 1. Oktober a. c. an die „Neue Lodzer Zeitung“ kosten:

700 Mk. monatlich, mit Austragelohn 800 Mk.
175 „ wöchentlich „ „ 200 „

Für die Treue, die uns unsere Leser bisher bewahrt haben, sagen wir auch heute wieder unseren herzlichsten Dank und richten an sie die Bitte, unsere Zeitung weiterhin zu verordnen. Dadurch wird es uns möglich sein, sie nicht nur zu erhalten, sondern auch immer mehr auszubauen.

Für diejenigen Abonnenten, die bis zum 13. Oktober in unserer Administration, Petrikauer-Strasse 15, den Bezugspreis im Voraus eingezahlt haben, kommen nachstehende

Millionnuki

zur Verlosung:

Nr. 3.531.859
„ 3.531.860
„ 3.531.861
„ 3.531.862

Ein eventuell zugewachsen auf eine dieser Nummern entfallender Gewinn von

1.000.000 Mk.

gehört dem künftigen Besitzer der Millionnuki.

Für diejenigen Abonnenten, die für den Monat September im Voraus bezahlt haben, kommen bei der Vorausbezahlung per Oktober für die Zeit des Streikes 180 Mk. in Abzug, so daß sie jetzt nicht 800 Mark, sondern nur 620 Mk. für den Oktober zu entrichten haben.

„Neue Lodzer Zeitung“
Verlag und Redaktion, Petrikauerstr. 15.

Sitzung in Genf eine schöpfende Diskussion vorzunehmen, besonders deshalb, weil das internationale Arbeitsbüro zu keiner Lösung der genannten Fragen gekommen ist und uns erklärt hat, sie könnten nur durch die Veränderung des Friedensvertrages eine Lösung erfahren.

Im Namen ihrer Regierungen sind im Verwaltungsrat folgende Staaten vertreten: England, Frankreich, Kanada, Argentinien, Deutschland, Belgien, Italien, die Schweiz, Japan, Polen, Spanien und die Vereinigten Staaten. In der internationalen Arbeitskonferenz wird jeder Staat, der Mitglied des Völkerbundes ist, 4 Delegierte entsenden, und zwar 2 Delegierte in Namen der Regierung, 1 von den Unternehmern und 1 der Arbeiter. Ferner technische Berater. Da einige Staaten Delegationen von über 80 Personen entsenden werden, so erklärt es sich, daß die kommende Session der internationalen Arbeitskonferenz gegen 600 Teilnehmer zählen wird.

Eine Konferenz in Sachen Irlands.

London, 12. Oktober. (Pat.) Hier wurde eine Konferenz in Sachen Irlands unter dem Vorsitz Lloyd Georges eröffnet.

London, 12. Oktober. (Pat.) In der irischen Konferenz, die hier heute um 11 Uhr vormittags eröffnet wurde, ist Chamberlain infolge Unwohlseins nicht erschienen. Lloyd George begrüßte die irische Delegation. Auf die Begrüßung antwortete O'Sullivan. Die Delegation schritt zu den Beratungen.

Hilfe für Russland.

Moskau, 12. Oktober (Pat.) „Iswestia“ meldet, daß Josse und Kresinski zu Vertretern des Zentralausschusses in Berlin für die Hilfe an die Hungernden in Russland ernannt worden sind.

Die Zustände in Grusien.

Moskau, 12. Oktober (Pat.) Von aus Grusien eingetroffenen Personen erzählt der Vertreter der Pat etwas über die dort herrschenden katastrophalen Zustände. Es werden täglich 10-15 Personen erschossen. Die Verhaftungen nehmen zu. Die Bolschewisten haben Grusien eine Kontribution von 50 Millionen auferlegt, wobei auch ausländische Firmen zahlen müssen, die in Grusien tätig sind.

Cholera, Typhus und Malaria breiten sich aus.

Sturmshäden in Petersburg.

Moskau, 12. Oktober. (Pat.) Hier treffen Nachrichten über durch einen furchtbaren Sturm in Petersburg angerichtete Schäden ein. Mehrere Straßen wurden überschwemmt. Über 10 Häuser sind eingestürzt. Es gab auch Opfer an Menschen.

Die Konferenz in Prag.

Prag, 12. Oktober. (Pat.) „Moravni Byst“

revolutionäre von Paris nach Prag abgereist sind, um an der Konferenz unter Kerenskis Vorsitz teilzunehmen. Die Sozialrevolutionäre sollen sich bereit erklärt haben, in eine Koalitionregierung einzutreten, wenn die Bolschewisten sich entschließen würden die Konstituante einzuberufen, eine Amnestie zu erlassen sowie die Führer der Sozialrevolutionäre gewisse Garantien zu gewähren.

Attentat auf einen Eisenbahzug in Russland.

Moskau, 12. Oktober. (Pat.) W. A. B. Gegenrevolutionäre zersetzten das Eisenbahngleis, wodurch ein aus Kiew gehender Zug entgleiste. 30 Personen wurden getötet, die Zahl der Verwundeten ist groß. Die Banditen beschossen den entgleisten Zug und beraubten die am Leben gebliebenen Passagiere.

„Unmenslichkeit“ des Völkerbundes.

Da die von der Regierung erhofften Kredite nicht gewährt worden sind, müssen mehrere Delegationen zur Hilfeleistung an die Hungerleidenden in Russland vorübergehend liquidiert werden. „Manchester Guardian“ nennt die Ablehnung der Aufforderung Russens durch den Völkerbund eine in der Weltgeschichte noch nicht vorgekommene Unmenslichkeit — denn die Verweigerung von 5 Millionen Pfund Sterling, wenn dadurch das Leben von 20 Millionen Menschen gerettet werden kann, sei nicht anders zu bezeichnen.

Das Blatt setzt seine Hoffnung auf die Brüsseler Konferenz.

Moskauer Vörsentaukel.

Die Genehmigung des Freihandels hat in Moskau, wie über Romo berichtet wird, eine ungeheure Spekulationswut entfacht. Wie die „Stomaticheskaja Schina“ berichtet, werden auf der nicht offiziellen Börse an der Twerstaja jeden Vormittag „astronomische“ Zahlen für fremde Währungen angesetzt.

Das bestellte Papier ist die Mark, dann der englische Schilling. Der Hundertmarkschein mit rotem Stempel wird mit 80-82 Tausend, das englische Pfund mit 260-275 Tausend Sowjetrubeln bezahlt. In Russland bewegt sich der Wert der Mark in entgegengesetzter Richtung wie in Westeuropa: er ist seit 12 Monaten um 50 v. H. gestiegen und steigt noch an.

Die Duboncony in Konstantinopel.

Sowjetblätter bringen Meldungen von der Ausbreitung der Duboncony in Konstantinopel, wo in kürzester Zeit 420 Personen der Epidemie zum Opfer gefallen seien.

Die gesamte Schwarzmeerküste ist von den Sowjetbehörden als vertriebt proklamiert worden. Verschiedene Gesundheitsaufhänge haben sich in Dnest, Nikolajew, Cherson und Odessa gebildet.

Die österreichisch-ungarischen Verhandlungen in Venedig.

Rom, 12. Oktober. (Pat.) Die Delegationen Österreichs und Ungarns versammelten sich heute in Venedig. Außenminister della Torretta hörte den ausführlichen Bericht beider Delegationen an, die beide damit einverstanden sind, daß zunächst praktische Mittel gefunden werden müssen, die die Ausführung des gefassten Beschlusses sicherstellen würden.

Polen im Urteil eines Engländer.

„Morning Post“ veröffentlichte unlängst einen Brief des englischen Professors Willden-Hart, der vor kurzem von einer längeren Reise, auf der er Polen einsehend kennen gelernt hat, nach England zurückgekehrt ist. Professor Willden-Hart bescheinigt, daß ihm, als er sich mit den Verhältnissen in Polen vertraut gemacht hatte, der Unterschied zwischen dem, was er vorand, und dem, was er zufolge der von den Feinden Polens im Ausland zurechnelassen öffentlichen Meinung vorzufinden erwartete, geradezu verblüffte hat.

Professor Willden-Hart berichtete verschiedene irrtümliche Auffassungen und leuchtete die Aufmerksamkeit seiner Leser vor allem auf die natürlichen Reichtümer Polens und die Vorteile, welche die englische Kaufmannschaft unzweifelhaft im Handelsverkehr mit Polen erlangen könnte, sobald der Stand der polnischen Finanzen ins Gleichgewicht käme.

„Es möge mir“, so führte er aus, „gestattet sein, die Leser der „Morning Post“ darauf aufmerksam zu machen, auf wie physischen Gütern das Urteil über die Finanzen und den Wirtschaftszustand des polnischen Staates steht, wenn es sich ausschließlich auf das Stadium des polnischen Geldmarktes stützt. Wollte man dem Urteil diesen Maßstab allein zugrundelegen, so müßte man zu dem Schluß kommen, daß Deutsch-Oesterreich in wirtschaftlicher Beziehung weit besser dastünde als Polen. Das ist, wie jeder Kenner der Verhältnisse weiß, durchaus nicht der Fall. Die Reise, die ich kürzlich und quer durch Polen unternommen habe, hat mir die Ueberzeugung verschafft, daß dieses Land eines der reichsten in Europa ist. Schon der Wert der Wälder übersteigt den Betrag der polnischen Staatsschulden um das Zehnfache; außerdem stellen die Salzgruben, die Naphthagruben, die Kohlen- und Kieseisenerze dar.

Geht wenn man jeden einzelnen Teil des Landes, so wie ich es im Laufe zweier Monate getan habe, besucht hat, kann man sich ein ungefähres Bild von den Reichtümern machen, deren Ausbeutung bereits heute in Angriff genommen oder für die Zukunft geplant wird.

Denn während der Deutschen während des Krieges den größten Teil der Bergwerke zerstört haben, hat sich die polnische Kohlenproduktion so weit erholt, daß sie heute 70 bis 80 Prozent der Vorkriegsleistung beträgt. Zahlreiche Bergwerke wurden wieder hergestellt, und zahlreiche andere sind in verschiedenen Teilen des Landes neu entstanden.

Die Eisenbahnen verkehren schnell und ordnungsgemäß mit Schiffs- und Restrautionswegen auf den Hauptlinien. Die Armee befindet sich im Zustande der Desmobilisation. Ein Teil der entlassenen Soldaten findet Beschäftigung in der Industrie, die an Bedeutung ständig zunimmt; ein anderer Teil wohnt auf dem Lande angesiedelt.

Das Schulwesen wird ständig vervollkommen, die größten Schulen, die der Krieg auf diesem Gebiete verursacht hat, sind in der Praxis bereits beseitigt.

Wenn die oberste Frage nach den Grundlagen von Recht und Billigkeit entschieden sein wird, dann wird Polen es nicht mehr nötig haben, den Deutschen 200 Millionen deutsche Mark für die von polnischen Arbeitern in polnischen Gruben gewonnene Kohle zu zahlen. Das wird eine heilsame Rückwirkung auf den Kurs der polnischen Mark ausüben, die allmählich den ihr zukommenden realen Wert auf dem Weltmarkt erreichen wird.

Der wirkliche Wert der polnischen Mark an den Preisen für polnische Erzeugnisse im Lande selbst gemessen, beträgt ungefähr 700 Mk. für 1 Pfund Sterling. Wenn augenblicklich der Stand der Mark ein anderer ist, so ist dies nicht zum Verfall dem Ausland zuzurechnen, daß Deutschland die polnische Ein- und Ausfuhr boykottiert, zugleich ungeheure Geldsummen aufwendet, um den Wert der polnischen Mark herunterzubringen. Diesen Treiben liegt die Absicht zugrunde, das oberste Recht dem Gedanken einer Vereinigung mit Polen abwendig zu machen.

In dem Augenblick, wo der Kurs der polnischen Mark seine Stabilität erlangt, wird sich den englischen Kaufleuten ein ausgedehntes Interessengebiet eröffnen. Es sollten schon jetzt zahlreiche Agenturen errichtet werden und englische Reisende sich dem Studium der Abhängigkeiten widmen. Die Amerikaner sind in Polen schon bei der Arbeit. Noch später, wenn Russland zu seinem normalen Stande zurückkehrt, wird Polen für die englischen Kaufleute, die mit Russland Handel zu treiben gedenken, die Rolle eines Warenlagers spielen, und dann werden diejenigen Kaufleute oben auf sein, welche beizugehen eine entsprechende Organisation für die Aufnahme des Handels mit Russland vorbereiten haben.

Zimmer

